

Berlin, den 17. Dezember 2013

Pressemitteilung

EuG verneint Klagerechte der Bürger

Kerber kündigt neue Initiativen an.

Die von 5.217 Bürgern eingereichte Klage gegen das OMT-Programm der EZB hat das Luxemburger Gericht mit Beschluss vom 13.12.2013 verworfen. Sein wesentliches Argument: Es fehle an der unmittelbaren Betroffenheit der Beschwerdeführer.

Damit setzt der EuGH die in anderen Urteilen verfolgte bürgerfeindliche Entscheidungspraxis fort. Denn eine Klageerhebung erst im Zeitpunkt des Anleihenkaufs kann derartige Operationen nicht verhindern. Sie kommt immer zu spät.

Der Verfahrensbevollmächtigte, Prof. Kerber, kündigte eine publizistische Initiative an: „Der EuG ist keine Gerichtsbarkeit, sondern politischer Gestalter. Umso mehr kommt es auf das Bundesverfassungsgericht an, den Mandatsüberschreitungen der EZB Einhalt zu gebieten.“

Kontakt:

Rechtsassessorin Giang Nguyen
Büro RA Prof. Dr. Markus C. Kerber
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Tel. 030 843 14 136
Fax. 030 843 14 137
Email sek2@officemck.de
www.europolis-online.org